

samtinteresse der europäischen Bürger verpflichtet ist. Ihr Präsident hat eine führende Stellung. Es ist deshalb an der Zeit, dass dieses Parlament seine Rolle als Vertreter der Bürger erfüllt, Alternativen zur Wahl stellt und eine politische Kontrollfunktion übernimmt. Für Sozialdemokraten muss dies bedeuten: Keine Unterstützung für Barroso, eine eigenständige politische Linie entwickeln und beim nächsten Mal eine fortschrittliche Alternative präsentieren.

Die Unfähigkeit, sich zu erneuern, rührt auch von den verkrusteten Strukturen innerparteilicher Demokratie. Die SPE könnte hier innovative Führung zeigen, indem sie den Funktionärsklüngel durch demokratische Bürgerbeteiligung ausmistet. Sie könnte beispielsweise die Aufstellung von Wahllisten durch regionale Vorwahlen

entscheiden, bei der sich Kandidaten aus ganz Europa bewerben dürften. Damit würde die Unsitte verdiente »Auslaufmodelle« der nationalen Politik »nach Europa« abzuschieben, unterbunden. Stattdessen würde ein frischer Wind ins Segel der Sozialdemokratie blasen.

Sozialdemokraten tun sich nicht schwer mit Europa, wenn sie ihren fundamentalen Werten folgen: Seit 150 Jahren sind sie Internationalisten. Von Anfang an kämpften sie für Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Vor über 80 Jahren haben sie im Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Ohne Helmut Schmidt gäbe es den Euro nicht. Heute müssen wir einen neuen Schritt nach vorn wagen und das demokratische Europa bauen. Denn, wie Willy Brandt sagte: »Es gehört uns allen, dieses Europa.«

Rudolf Walther

## Rollback der Spießer und Küchenpsychologen

### Zum Fall Kurras

*Der Aktenfund zum Todesschützen des 2. Juni 1967 hat eine ganze Phalanx von Journalisten in Bewegung gesetzt, die die Geschichte gerne umschreiben würden. Doch im Vergleich zu den wirklich wichtigen Fragen, die zu stellen wären, nimmt sich der »Fall Kurras« wie eine Lappalie aus.*

#### Rudolf Walther

(\* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M.

rudolf.walther@t-online.de



Wenn es hierzulande um »68« und die Folgen geht, beherrschen fast nur Denunziation, Spekulation, Verdacht und – im harmlosesten Fall – Küchenpsychologie die Stammtische wie die Medien. Nach dem

Zufallsfund der Akte Kurras kann man das einmal mehr beobachten. Der Westberliner Polizist, der Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 erschossen hat, war seit 1955 Stasi-Mitarbeiter und obendrein SPD- und SED-Mitglied. In den zwölf Jahren seiner Spitzeltätigkeit erhielt der Waffennarr Kurras rund 20.000 DM, also im Monat etwa 138 DM, die ein Drittel seiner monatlichen Kosten für Munition (300 bis 400 DM) deckten. Sehen so »Topagenten« aus? War das »ungewöhnlich viel Geld« (Stefan Aust)? Muss die Geschichte deshalb wieder einmal »umgeschrieben« werden? Steuerte Mielke

die ganze Protestbewegung oder finanzierte er zeitweise die Zeitschrift *Konkret*, den Berliner *Extra-Dienst*, und den »Republikanischen Club« sowie sehr punktuell Aktionen von der Außerparlamentarischen Opposition oder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes?

Der 2. Juni 1967 war ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Protestbewegung. Aber diese begann nicht an jenem Tag, und von jenem Tag führt auch kein direkter Weg zum politischen Irrsinn der maoistischen K-Gruppen, zur DKP-Gründung und zum Terror der RAF. Die tödlichen Schüsse auf Benno Ohnesorg gaben der Protestbewegung ohne Zweifel einen Mobilisierungs- und Radikalisierungsschub. Die weltweite Protestbewegung begann jedoch früher und hatte politische Motive, die mit der DDR, SED, Stasi etc. nichts zu tun haben.

Für den überwiegenden Teil der an der deutschen Protestbewegung beteiligten Studenten beschränkte sich die Radikalisierung durch die Schüsse am 2. Juni allerdings auf ihr politisches Denken und ihre Lebensweise. Die fatalste Wirkung war sicher, dass man vorschnell vermutete, nun

seien der Staat, die konfus agierende Polizei, die opportunistische Justiz und die scharfmacherische *Springer*-Presse endgültig auf »faschistoidem« Kurs. Das Adjektiv erhielt vorübergehend eine das politische Urteilsvermögen trübende Plausibilität. Was hätte sich geändert, wenn man bereits am 2. Juni 1967 und nicht erst über 40 Jahre später erfahren hätte, dass Kurras nicht nur Westberliner Polizist, sondern obendrein SED-Mitglied und Spitzel war? Die in der Protestbewegung eine zeitlang wohlfeile Rede von Faschismus und Neofaschismus hätte es wohl nicht gegeben. Und die RAF und die K-Gruppen wären wohl noch marginaler geblieben.

Für die pauschale Behauptung des ehemaligen *Spiegel*-Chefs Stefan Aust, »die Militanz der studentischen Protestbewegung, die später in Gewalt und Terror umschlug, nahm an diesem Tag ihren Ausgang«, gibt es keinerlei belegbare Zeugnisse. Den Schritt in die Illegalität und zum Terrorismus machten nur ein paar Dutzend verblendeter Abenteurer, und selbst den Weg ins verbiesterte Pseudo-Revolutionstum der maoistischen K-Gruppen oder zur einäugigen DKP ging nur eine Minderheit.

## Munitionsdepot für Kampagnenjournalismus

Der Aktenfund enthält keinerlei Hinweise darauf, dass das Ministerium für Staatssicherheit oder die Stasi den Spitzel Kurras als Agent Provocateur zum Mord angestiftet hätten. Im Gegenteil: das Wort Agent Provocateur kommt in der Akte zwar vor, denn die Mielke-Behörde befürchtete zunächst, Kurras sei ein Agent der Gegenseite und arbeite – so die Akte wörtlich – »im Auftrag einer feindlichen Dienststelle als Agent Provocateur«. Die Verbindungsleute konnten den Verdacht ausräumen und belegen, dass Kurras »wertvolle Arbeit geleistet« habe.

Nicht zum ersten Mal erweist sich, dass Stasi-Akten wenig mehr sind als ein Munitionsdepot für Kampagnenjournalismus. Es ist naiv zu glauben, »Was nicht in den Akten steht, ist nicht auf der Welt« (*Cicero*). Dumm und gemeingefährlich dagegen ist es, den Satz ins Positive zu wenden. Dann landet man beim Aberglauben, »Was in der Akte steht, ist die Welt.« Der Aktenfund ist »kaum mehr als eine Personalie« (*FAZ*).

Die relevanten Fragen beim Blick auf den 2. Juni 1967 lassen sich nicht mit den Stasi-Akten beantworten. Wie konnte ein Mann von Kurras' Habitus Polizist werden? Wie kam es zu den zwei skandalösen Freisprüchen durch die Westberliner Justiz? Welche Rolle spielten Politik, Verfassungsschutz und Nachrichtendienste bei den farcenhafte Gerichtsprozessen? Warum sind Akten der Polizei und anderer Behörden nach wie vor nicht zugänglich, obwohl die 30-jährige Sperrfrist abgelaufen ist? Wo ist die Akte von Peter Urbach, jenem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der den Studenten die Molotow-Cocktails buchstäblich aufdrängte bei der *Springer*-Blockade? Verglichen damit ist die Personalie Kurras eine Lappalie.

Weil der Aktenfund zur Tat nichts und zum Täter nur wenig Substanzielles bei-

trägt, rückt für die Medien das »Umfeld« ins Zentrum des Interesses. Und das Umfeld des 2. Juni 1967 sind »die« 68er. Auf diese wird wieder einmal und risikolos aus der Hüfte geschossen. Die *SZ* vermutet, »die« 68er oder »viele von ihnen« wollten »sich bis heute nicht geirrt haben, jedenfalls nicht grundsätzlich«. Dies ist nur eine von zahlreichen Aufforderungen an »die« 68er niederzuknien, zu Kreuze zu kriechen oder öffentlich zu beichten. Die *FAZ* fordert »die« 68er auf, das »alte Welt- und Feindbild« aufzugeben und »Einstellungen zu revidieren«. Hier erinnerte man sie biddersinnig an »die Unterscheidung zwischen Rechtsstaat und Diktatur« und erklärte gut küchenpsychologisch, »narzisstische Kränkungen« hinderten die ehemaligen Aktivisten daran zu widerrufen.

Und wie immer, wenn es um »die« 68er geht, fehlt es auch nicht an Aufrufen zu Harmonie und Homogenität. Die Frankfurter Ausstellung »Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung« im letzten Jahr gruppierte sich um einen zentralen Raum – mit dem trefflichen Namen »Spießhölle«. Die 1968 in die politischen, akademischen, sozialen und familiären Verhältnisse und Milieus eingepflanzten Stachel zeigen Langzeitwirkungen. Joachim Gauck erklärte sich das mediale Theater um die Kurras-Personalie damit, man erlebe jetzt das »Rollback der Kräfte, die von den 68ern zum Schweigen gebracht wurden.« Zu den Langzeitwirkungen gehören auch weinerliche Beschwörungen von Ex-Maoisten (»Wir alle haben uns geirrt«, Götz Aly) und harmoniesüchtige Ordnungsrufe von ehemals Antiautoritären (»Die Spaltung in den Köpfen ist immer noch nicht ganz überwunden«, Wolfgang Kraushaar). Sicher – niemand ist gefeit vor politischen Irrtümern, aber nicht alle irrten und irren gleich nachhaltig, gleich oft und gleich dumm. Und allemal besser ist es, mit Spaltungen im Kopf als mit normalisiertem und homogenisiertem Kopf herumzulaufen – auch eine Langzeitfolge von 68.